

INHALT

- Nr. 25 Beschluß vom 2. Dezember 1969 (2 BvR 320/69). Versagung des rechtlichen Gehörs (keine Kenntnisnahme oder Beachtung von dem tatsächlichen Vorbringen eines Beteiligten) 248
- Nr. 26 Beschluß vom 3. Dezember 1969 (1 BvR 624/56). Abgeltung von Besetzungsschäden aus der Zeit vor der Währungsreform . 253
- Nr. 27 Beschluß vom 16. Dezember 1969 gemäß § 24 BVerfGG (2 BvK 2/69). Sechs-Monatsfrist für Anhängigmachung einer Verfassungsstreitigkeit innerhalb eines Landes oder einer sonstigen öffentlich-rechtlichen Streitigkeit innerhalb eines Landes beim Bundesverfassungsgericht (Art. 99, 93 Abs. 1 Nr. 4 GG). . 294
- Nr. 28 Beschluß vom 17. Dezember 1969 (2 BvR 23/65). Gerichtliche Nachprüfung der Ermessensentscheidung der Wiedergutmachungsbehörde über erneuten Eintritt in Sachbehandlung nach Unanfechtbarkeit des Wiedergutmachungsbescheides 297
- Nr. 29 Beschluß vom 17. Dezember 1969 (2 BvR 271, 342/68). Verfassungsmäßigkeit des § 14 Abs. 3 SGG (Vorschlagslisten für Sozialrichter für Angelegenheiten des Kassenarztrechts) 312
- Nr. 30 Beschluß vom 15. Januar 1970 (1 BvR 293/62). Keine Entschädigung für Vermögensschäden infolge Freiheitsentziehung durch die Besatzungsmacht. 326
- Nr. 31 Beschluß vom 15. Januar 1970 (1 BvR 13/68). Übersendung der Akten eines Ehescheidungsverfahrens an den Untersuchungsführer eines Disziplinarverfahrens 344
- Nr. 32 Beschluß vom 20. Januar 1970 (2 BvR 149/65). Auswahl, Ernennung und Status der Richter der ärztlichen Berufsgerichte (Baden-Württemberg); Ermächtigung der Landesärztekammer zur Errichtung von Bezirksberufsgerichten; Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens der ärztlichen Berufsgerichte . . 355
- Nr. 33 Beschluß vom 21. Januar 1970 (2 BvL 27/63). Keine Anrechnung von Einkünften aus einer Beschäftigung bei einem Wirtschaftsunternehmen der öffentlichen Hand auf die Versorgungsbezüge eines Ruhestandsbeamten. 364
- Nr. 34 Beschluß vom 28. Januar 1970 (1 BvL 4/67). Nachsteuer auf Schaum- und Branntwein 375
- Nr. 35 Beschluß vom 28. Januar 1970 (1 BvL 8, 19/68). Erstattung der durch die notwendige Zuziehung eines Bevollmächtigten im Vorverfahren entstandenen Kosten an einen Steuerpflichtigen, der vor dem Finanzgericht obgesiegt hat 391

ENTSCHEIDUNGEN
DES
BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

Herausgegeben
von den
Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts

27. Band · Lieferung 3/4



1970

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN